

## Sozialfaktor

Die GEW tritt dafür ein, Schulen mit schwierigen sozialen Bedingungen bei der Lehrerrzuweisung zu stärken. Werden Sie diese Idee aufgreifen? Wie werden Sie sie dann in konkrete Politik umsetzen?

The logo for the CDU (Christian Democratic Union) in red.

Als CDU Schleswig-Holstein wollen wir Schulen, die in Sozialräumen mit besonderen Problemlagen liegen und besondere Anforderungen in den Bereichen Inklusion, Integration oder Begabtenförderung haben, ein zusätzliches, vom Land finanziertes Stundenbudget, zum Beispiel zur Sprachförderung und Schulsozialarbeit, zur Verfügung stellen, um den zusätzlichen Bedarfen Rechnung zu tragen.

The logo for the SPD (Social Democratic Party) in white on a red square background.

Ja, diese Idee werden wir aufgreifen. Dafür entwickeln wir einen Sozialindex. Schulen mit schwierigen Bedingungen sollen zusätzliche Mittel erhalten. Das führt zu mehr Gerechtigkeit. Keine Schule in einem sozialen Brennpunkt darf abgehängt werden!

The logo for the Freie Demokraten (FDP) in blue and pink on a yellow background.

Aus Sicht der FDP müssen Schulen in sozialen Brennpunkten oder mit schwierigen sozialen Bedingungen Unterstützung erhalten. Deswegen soll die Schulsozialarbeit und der schulpsychologische Dienst an diesen Schulen gestärkt werden. Zudem setzt sich die FDP dafür ein, die 100-prozentige Unterrichtsversorgung für alle Schulen herzustellen.

The logo for Bündnis 90 Die Grünen in white and yellow on a green background.

Ja, die Einführung eines Bildungsbonus ist für uns ein zentraler Punkt... Priorität hat für uns zwar zunächst die 100-prozentige Lehrerstellen-Versorgung der Schulen. Anschließend wollen wir mit einem Sozialindex den Schulen mehr Unterstützung geben, die besonders viele Kinder und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwernissen unterrichten. Wir haben dabei aber nicht nur eine erhöhte Planstellen-Zuweisung im Blick, sondern denken auch an den verstärkten Einsatz von multiprofessionellen Teams...

The logo for SSW (Schleswig-Holsteinische Sozialistische Arbeiterpartei) in white on a blue background with a yellow gear icon.

Für den SSW ist klar, dass wir Schulen, die im Bereich der Inklusion, der Integration geflüchteter Jugendlicher und Kinder mit besonderen Bedarfen gefordert sind und in sozialen Brennpunkten liegen, durch zusätzliche Personalressourcen unterstützen müssen. Diese Forderung findet sich auch in unserem Programm und uns ist klar, dass wir zügig Kriterien für einen solchen Bildungsbonus finden müssen.

The logo for DIE LINKE in black with a red triangle above the 'I'.

DIE LINKE hat sich dazu noch keine Meinung gebildet. Da wir uns vor allem für Menschen, die unter schwierigen sozialen Bedingungen leben, einsetzen, werden wir den Vorschlag der GEW wohlwollend prüfen.



Unterschiedliche Gegebenheiten brauchen unterschiedliche Maßnahmen. Für eine gelingende Inklusion und Integration benötigen wir dort Mittel, wo sie gebraucht werden. Um den Gedanken der Ungerechtigkeit zu umgehen, könnte man die notwendigen Gelder an einen prozentualen Satz von Schülern mit Migrationshintergrund bzw. Schülern mit Schulbegleitung koppeln.



Schule ist nicht gleich Schule. Manche sehen sich mit ständigen Herausforderungen konfrontiert, die anderen nur eine untergeordnete Rolle spielen. An prekären Standorten gehen Lehrkräfte nicht nur ihrem täglichen Unterrichtsgeschäft nach. Sie bringen überproportional viel Zeit für Gespräche mit Eltern, Dolmetschern, Erziehungsberatungen, Jugendamt, außerschulischen Einrichtungen und für Teambesprechungen auf.

Für die GEW ist klar: Wir müssen der zunehmenden sozialen Spaltung unserer Gesellschaft auch dadurch begegnen, dass Schulen in einem schwierigen sozialen Umfeld eine bessere Zuweisung an Lehrkräften erhalten. Oder, wie der Bildungsforscher Klaus Klemm sagt: „Auf Dauer aber sollte – orientiert an einem zu entwickelnden mehrstufigen Sozialindex – zu einer differenzierten Zuweisung an die Schulämter und in ihnen an die Einzelschulen übergegangen werden.“

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration stellt in seinem Bericht „Ungleiches ungleich behandeln“ fest, dass Schleswig-Holstein bislang nur wenige Daten für die Lehrerzuweisung nutzt. Er empfiehlt: „Schulen mit einem hohen Zuwandereranteil und Schulen in sozial schwieriger Lage sollten automatisch mehr Mittel in erwartbarer Höhe erhalten. [...]“

Höchste Zeit für eine Landesregierung, dieses Ziel in Angriff zu nehmen!